

Gegen den Strom

Erfolgreiche Geschichte einer Vortragsreihe

Die neoliberale Politik, deren Analyse zentrales Anliegen der Reihe »Gegen den Strom« ist, prägte nicht erst im neuen Jahrtausend das Handeln der Bundesregierung.

Bereits 1982 verfasste der damalige FDP-Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff ein Papier, das eine radikale Hinwendung zu einer neoklassischen Angebotspolitik mit massiven Sozialkürzungen einforderte.

Mit diesem Papier wurde die Grundlage für das von CDU/CSU und FDP getragene Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Helmut Schmidt geschaffen, der von Helmut Kohl abgelöst wurde. Dessen anfangs von Vielen belächelte Forderung nach einer »geistig-moralischen Wende« war fast 20 Jahre lang Richtschnur neoliberaler Regierungspolitik, die selbst über das Ende der Ära Kohl hinaus Langzeitwirkung hatte. Denn 1998 wechselte zwar die Regierung, aber nicht die Mentalität.

Nachdem die rot-grüne Koalition in ihrer ersten Legislaturperiode einige Verbesserungen für die arbeitenden Menschen auf den Weg gebracht hatte, reihte sie sich mit der Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder zur »Agenda 2010« am 14.3.2003 in die Gruppe derjenigen ein, die behaupteten, nur durch tiefgreifende Einschnitte könne der Sozialstaat erhalten werden. Angesichts des demografischen Wandels, der Globalisierung und des schwachen Wachstums seien zudem die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und die Ausweitung des Niedriglohnsektors notwendig, um weiter global in der ersten Liga spielen zu können. Eine Regierungsbroschüre zur Agenda 2010 versprach: »Sie sichert den sozialen Zusammenhalt in

unserer Gesellschaft. Sie bietet jungen Menschen faire Chancen und eine gute Zukunft«.

Viele Betroffene, viele Bürgerinnen und Bürger sahen dies anders: Die Montagsdemonstrationen gegen »Hartz IV«, welches bald zu einem Synonym des Sozialabbaus wurde, Proteste aus gesellschaftlichen Organisationen, nicht zuletzt aus den Gewerkschaften, sinkende Mitglieder- und Wählerzahlen der SPD sowie die Herausbildung und Etablierung neuer linker Politikstrukturen waren einige der Folgen der Agenda 2010 und deren neoliberaler Ausrichtung. Aus Sicht der politischen Bildung war bedenklich, dass beispielsweise wesentliche mediale Impulse von der »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« ausgingen, ohne dass dies ausreichend transparent war. Zudem wurde kaum kommuniziert, dass die INSM arbeitgeberseitig finanziert wurde. Unmittelbarer Anlass für die Entstehung der Reihe »Gegen den Strom« war die Tatsache, dass die meisten Medien unkritisch über die Agenda berichteten und Kritiker meist nur für die Rolle des Prügelknaben in politische Talkshows eingeladen wurden, die von neoliberalen Protagonisten beherrscht wurden.

Vor Ort in Hagen wurde die Entstehung der Reihe dadurch begünstigt, dass der DGB in der Stadt und in der Region Ruhr-Mark seine gewerkschaftspolitische Bildungsarbeit neu aufstellte und in der VHS zunehmend die Einsicht wuchs, dass es nicht nur der richtigen Themen, sondern auch der richtigen Partner bedurfte, um mit politischer Bildung die Menschen zu erreichen. So war es fast zwangsläufig, dass unter dem schon lange existierenden Dach der Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben die Reihe »Gegen den Strom« ins Leben gerufen wurde, die »Denkanstöße für politische Alternativen« geben sollte.

Im Oktober 2004 wurde die Veranstaltungsreihe gestartet und war vor allem im ersten Programmjahr von der Reflexion der Hartz-Gesetzgebung und deren medialer Vermittlung geprägt.

Seither wurden in der Reihe viele Facetten der politischen Auseinandersetzungen und unterschiedliche Felder der Begründungen der Agenda 2010 diskutiert. Bei genauerer Betrachtung der angebotenen Lösungsansätze wurde deutlich, dass es anderer

Antworten bedurfte als der regierungsamtlich und medial propagierten. Im Laufe der folgenden Jahre standen unterschiedlichste Aspekte der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zur Debatte, die manchmal tagesaktuelle Themen wie Opel oder Sparkassengesetzgebung, meist aber grundsätzliche Ansätze verfolgten. In der Sozialpolitik lag der Schwerpunkt auf der Untersuchung der Auswirkungen der Hartz-Gesetzgebung auf die Arbeits- und Lebensverhältnisse; Kombilohn, Niedriglohn, Leih- und Zeitarbeit seien als Stichworte genannt. Dabei bestand trotz Unterschieden im Detail Einigkeit, dass der gesetzliche Mindestlohn ein entscheidendes Instrument ist, um Armut trotz Arbeit zu bekämpfen.

Auch die Betrachtung der Steuer- und Finanzpolitik führten zu anderen Erkenntnissen. Die seit Jahren wirkende Tendenz, die Reichen besser und die Armen schlechter zu stellen, wurde immer wieder herausgearbeitet und findet gleichermaßen in der aktuellen Krise ihre Bestätigung. Zudem führt die Pauperisierung des Staates durch Steuerverzicht zu massivem Druck auf die Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur. Einfach gesagt: Wer Interesse an guter Bildung für alle, verantwortlicher Daseinsvorsorge und intakten Straßen hat, muss auch für entsprechende staatliche Einnahmen sorgen. »Steuergeschenke« erweisen sich unter diesem Aspekt als Bumerang, der die alte Erkenntnis stützt, dass nur Reiche sich einen armen Staat leisten können. Auch die Globalisierung eignet sich nicht als Begründung für neoliberale Steuerpolitik und Forderungen nach Lohnzurückhaltung haben sich als gänzliche Fehlorientierungen erwiesen. Deutschland zählt zu den Vorreitern in Politikfeldern wie Steuern oder Wirtschaft und übt so Druck auf andere Staaten aus, diesem schlechten Vorbild zu folgen. Eine Bastion neoliberalen Gedankenguts sind große Teile der EU-Kommission, die mit ihren Vorschlägen zur Dienstleistungsrichtlinie der Ideologie folgte, dass größtmögliche Deregulierung anzustreben sei. Letztlich führten nicht zuletzt massive gewerkschaftliche Proteste dazu, dass die Richtlinie »entschärft« werden konnte.

Neben den Zusammenhängen von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik galt ein besonderes Interesse dem wachsenden Einfluss

von Beratungsfirmen auf staatliche Entscheidungen sowie der neoliberalen Privatisierungspropaganda. Spannende Fallbeispiele, u. a. der Einfluss der Bertelsmann-Stiftung auf die Entwicklung des Bildungswesens, wurden dargestellt. Beiträge zur gewerkschaftlichen Selbstreflexion, sowie Blicke auf die Themenfelder Medien, Frieden und Ökonomie und wirtschaftliche Implikationen einer modernen Ökologiepolitik sorgten für eine breite inhaltliche Aufstellung der Reihe. Neben den Referentinnen und Referenten aus Wissenschaft, Gewerkschaft und Publizistik fanden auch einige Politikerinnen und Politiker den Weg nach Hagen. Gleichwohl war und ist es nicht das zentrale Ziel der Reihe, die konkrete politische Umsetzung der zahlreichen Denkanstöße für politische Alternativen zu diskutieren. Vielmehr sollen Impulse gegeben werden, die wiederum die Diskussion in vielen anderen Foren und Strukturen beleben.

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung der 50. Veranstaltung in der Reihe »Gegen den Strom« haben wir uns entschlossen, die zentralen Diskussionsergebnisse und Erkenntnisstände aktualisiert zur Verfügung zu stellen. Dies erfolgt mit dem hiermit vorgelegten Herausgeberband »Es geht nur anders!« Über 30 Aufsätze und Texte wurden von den Referentinnen und Referenten erarbeitet und stehen dem interessiert Lesenden als Argumentationsmaterial und Streitschrift zur Verfügung.

Neben den zahlreichen Teilnehmenden, deren Interesse auch nach fünf Jahren noch erfreulich groß ist, waren es natürlich die Referentinnen und Referenten und ihr quasi ehrenamtlicher Einsatz, die diese Reihe ermöglicht haben. Viele von ihnen haben zudem als Autorinnen und Autoren das Buchprojekt unterstützt. Ihnen gilt unser besonderer Dank. Als Veranstalter hoffen wir, noch viele weitere Diskussionen und Debatten initiieren zu können.

Wolfgang Ebert, Regionalbüro Arbeit und Leben Berg-Mark

Jochen Marquardt, DGB Hagen

Jochen Becker, VHS der Stadt Hagen